

FRAGESTUNDE

Beginn: 12.55 Uhr
Ende: 13.50 Uhr

1) Rechtssicherheit bezüglich Zufahrtsregelung im Bereich Korngasse zum Planungsgebiet des Bebauungsplans 05.07.0 Lazarettgürtel

GR. **Slamanig** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüschi folgende Frage:

GR. **Slamanig**: Geschätzte Damen und Herren, lieber Herr Stadtrat! Zum Bebauungsplan 05.07 Lazarettgürtel wird bei der Verordnung unter § 9 (1) festgestellt: „Die bestehenden und bewilligten Zufahrten im Bereich der Korngasse sind weiterhin zulässig.“

Da in der Einwendungserledigung zur verkehrlichen Erschließung festgehalten wird, dass die Zufahrtssituation in der Hinsicht überarbeitet wird, dass die Zulieferung in Richtung Lazarettgürtel verschoben und die neue Zufahrt spitzwinkelig (Verlauf von Nordwest zu Südost) zur Korngasse auszuführen ist, damit die Lkw-Zulieferung durch die Oeverseegasse unmöglich wird, stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, folgende

Frage:

Welche Maßnahmen hast du getroffen, um eine Rechtssicherheit bezüglich der Zufahrten aus der Korngasse ins Planungsgebiet herzustellen, die sich mit der Planung des zum Beschluss vorliegenden Bebauungsplans decken? (*Applaus KPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüschi**: Jetzt darf ich mir aussuchen, ob ich die Frage als Stadtrat oder als Gerhard beantworte. Ja, die Antwort ist klar, ich nehme an, du kennst sie und zwar wir können mittels Bebauungsplan bestehende Rechte, ganz konkret eben auch die Zufahrtsbewilligungen, nicht außer Kraft setzen. Es wurde aber im Rahmen

eben der Bearbeitung des gegenständlichen Bebauungsplanes eine schriftliche Erklärung der Bauvermietergesellschaft Poppmeier und Co KG eingeholt, in welcher der Herr Poppmeier bei der Realisierung des Bebauungsplanes sich bereit erklärt und sich dazu verpflichtet, auf zwei der bestehenden drei Zufahrtsbewilligungen zu verzichten und darunter bei den zwei zu verzichtenden, jedenfalls die am weitesten östlich gelegene. Wie Sie wissen, sind das einseitige Verpflichtungserklärungen, für die es theoretisch durchaus auch eine Einklagsmöglichkeit gibt. De facto gehen wir aber davon aus, wenn ein honoriger Mensch wie der Herr Poppmeier, wie es in anderen Fällen auch schon war, eine derartige Verpflichtungserklärung gibt, dass er sie dann auch insgesamt einhält. Trotzdem habe ich gebeten, dass wir vor der Beschlussfassung noch, das ist eine Empfehlung, über die wir dann noch kurz reden müssen, dass wir einfach diesen Satz aus dem Text streichen. Der Satz lautet eben: Die bestehenden Zufahrten im Bereich der Korngasse sind weiterhin zulässig. Es geht daher der Vorschlag, dass wir diesen Satz einfach ersatzlos streichen, weil das tatsächlich auch nicht mehr erforderlich ist, nachdem diese Erklärung vom Herrn Poppmeier vorliegt.

GR. **Slamanig**: Danke, ich wollte nur anmerken, dass die Befürchtungen, wenn dieser Herr Poppmeier nicht mehr eigentümlich mit der gegenständlichen Liegenschaft zu tun hat, dass möglicherweise ein Nachfolger auf diese Rechtsposition Wert legt und nicht an diese Vereinbarung gebunden ist.

Dr. **Rüsch**: Die Gefahr kann ich nicht ausschließen, kann niemand ausschließen. Nochmals, rein rechtlich gesehen, ist es nicht möglich, im Bebauungsplan eine bestehende Zufahrtsbewilligung zu verbieten oder zu entziehen.

2) Alkoholverbot in der Mondscheingasse

GRin. **Jahn** stellt an StR. **Miedl** folgende Frage:

GRin. **Jahn**: In meiner Frage geht es um das partielle Alk-Verbot in der Mondscheingasse. Wie in Ballungsräumen, auch in anderen Ballungsräumen in Österreich, haben wir auch in Graz das Problem von übermäßigem Alkoholkonsum gerade, leider auch bei Kindern und Jugendlichen, das auch bei uns zu einer gesellschaftlichen Realität mittlerweile gehört. Die Ursachen des Problems sind, wie wir alle wissen, relativ vielfältig. Das sind leichte Zugangsmöglichkeit zu Alkoholika, das ist in Geschäften oder speziell auch in Lokalen, das sind billige Preise und das ist generell, und das erscheint mir als das Hauptproblem, eine gesellschaftspolitische Realität in Österreich, dass eben Alkohol nicht als Droge in dem Sinn empfunden wird und dass es eigentlich einen ziemlichen verharmlosenden Umgang mit dem Alkoholkonsum generell in unserer Gesellschaft gibt. Ich denke da vor allem zum Beispiel ans Autofahren, obwohl das bei uns immer eher so ein Kavaliersdelikt ist, wenn man halt ein bisschen was getrunken hat, steigt man halt trotzdem ins Auto. Also wir kennen das ja eh alle zur Genüge. Es gibt ja seitens der Landes- und auch der Stadtpolitik unterschiedlichste Angebote, um diesem Problem auch entgegenzuwirken sind unterschiedliche Maßnahmen, bislang vor allem präventiver Art. Die aber scheinbar nicht gereicht haben, um das Problem unter Kontrolle zu bringen, wobei ich glaube, dass das generell eine schwierige Angelegenheit ist, das bis ins Letzte irgendwie sozusagen zu lösen dieses Problem. Nun gibt es jetzt von Ihnen eingebracht, Herr Stadtrat, dieses partielle Alkoholverbot in der Mondscheingasse, das aus meiner Sicht sicherlich den Effekt hat, dass die Leute, die dort leben, einfach wieder mehr Ruhe haben, weil wir wissen, dort ist es ziemlich umgegangen, vor allem des Nächstens und das war für die Menschen tatsächlich nur mehr schwer zumutbar die Lärmentwicklung und überhaupt das ganze Chaos, das dort ja auch oft geherrscht hat. Gleichzeitig ist es aber so, dass es natürlich nicht zu einer Problemlösung des Alkoholproblems, dass viele Jugendliche den übermäßigen Konsum, den sie haben, das wird das einfach nicht lösen. Gleichzeitig ist unsere Sorge, dass natürlich mit Verboten einerseits an gewissen Orten Abhilfe geschaffen werden kann, aber die Frage ist, wie das dann weitergeht. Also wird es weitere Alkoholverbote geben, führt das einfach nicht nur zu einer Problemverlagerung? Ich

denke an den Hauptplatz, an das Uni-Viertel, an den Bahnhof, Griesplatz etc. Daher stellen wir uns die Frage, wie Sie weiterhin, nachdem Sie sich offensichtlich zuständig fühlen für die Problematik, hier mit diesem Thema umgehen werden.

Daher meine

F r a g e

an Sie, wird es weitere partielle Alkoholverbote in einzelnen Grazer Straßen beziehungsweise auf bestimmten Plätzen geben und wenn ja, wo?

StR. **Miedl**: Frau Gemeinderätin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ihrem Motivenbericht, Frau Gemeinderätin, will ich gar nicht viel hinzufügen, weil der stimmt so und die Ausgangslage ist nun mal so, dass als letztes Instrument dort, wo es zu einer speziellen Konzentration von Problemen kommt, natürlich auch Ver- und Gebote gefordert werden und von der Bürgerschaft zu Recht gefordert wird. Ich weise allerdings darauf hin, dass wir in der Mondscheingasse einen ganz speziellen Fall haben, der sich über Jahre hinweg zieht, wo Bürgerversammlungen, das Engagement von BezirksrätInnen und BezirksvorsteherInnen letztlich dazu geführt hat, dass es im Herbst vorigen Jahres zu einer Bürgerversammlung gekommen ist und bei dieser Bürgerversammlung gab es einen ganz klaren Auftrag an mich als Zuständigen. Ich fühle mich nicht zuständig, ich bin zuständig, weil der Gemeinderat beziehungsweise der Bürgermeister mich mit der Aufgabe betraut hat, im A 17 diese Gesetzesmaterien auch zu vollziehen. Bei dieser Bürgerversammlung ist von den Bürgern aus meiner Sicht sehr, sehr vernünftig, nämlich zum Teil durchaus Verständnis zeigend für die Situation bei bestimmten Gastgärten und Einrichtungen, die auch für die jungen Leute da sind. Das heißt, ich war deswegen überrascht, weil da die Bürger durchaus Verständnis gezeigt haben für die Haltung, aber zum Schluss herausgekommen ist, bitteschön, wir wollen auch unsere Ruhe haben in der Nacht. Ich habe daraufhin und das habe ich den Bürgern versprochen, beide Wirte zu mir eingeladen und habe denen einen bestimmten Katalog mitgegeben, wo ich ersucht habe, dass auch sie durchaus Verantwortung tragen und für Maßnahmen

Sorge tragen sollten. Eine diese Aufforderung war, dass ich beide Wirte gebeten habe, auf Ausschank von Alkoholika in Flaschen zu verzichten, weil es dann besonders leicht gemacht wird, mit den Flaschen auf die Gasse zu gehen und draußen sozusagen weiterzufeiern. Und das ist ja das, was wir in Wirklichkeit nicht wollen, ich will der Jugend dort nicht verbieten, dass sie in den Lokalen durchaus auch einmal ihre Lust und Freude ausleben kann, aber ihre Lust und Freude hat dort ein Ende, wo sozusagen die Freiheit der anderen beschnitten wird, nämlich die Freiheit, auch zur Nachtzeit entsprechend schlafen zu können. So, jetzt haben diese Wirte sich an den dringenden Appell von mir nicht gehalten aus verschiedensten Überlegungen und wir haben dann in einem Gespräch mit den Amtsleiter erörtert, was denn da noch möglich wäre zu tun und wir sind dann draufgekommen, dass es eine Gesetzesstelle im Landessicherheitsgesetz gibt, die wir in Graz noch nicht zur Anwendung gebracht haben, wo es darum geht, dass Jugendliche, die einfach ihr Feiern auf die Straße hinaus verlegen, so war es ja nie gedacht, angehalten werden, die Feierei gefälligst im Lokal zu machen und nicht auf der Straße. Jetzt ist Ihre Frage, na, wo wollt ihr denn das noch? Für mich persönlich, Frau Gemeinderätin, hätte es sich damit gehabt. In der Mondscheingasse ein spezielles Problem, das man mit einer solchen Maßnahme ganz gut in den Griff kriegt. Ich bin im Stadtsenat beauftragt worden, auch dafür Sorge zu tragen, mich zu erkundigen, wo es noch sonst Plätze gibt. Ich habe jetzt die Polizei gebeten, mir solche Plätze zu nennen. Da ist die Arbeit im Gange. Ich habe die Zahlen von einem Platz, ich sage ihn jetzt nicht wo ich sage, da ist nicht ein wirklicher Handlungsbedarf in der Form, dass wir dort ein Alkoholverbot verhängen sollten. Ich bin nämlich so wie Sie dagegen, dass wir ganz Graz zur Verbotszone erklären aus verschiedensten Gründen, diese Stadt ist so was von offen und lebendig, dass ich diese Lebendigkeit doch nicht permanent mit irgendwelchen zusätzlichen Strafmaßnahmen und Verordnungen eindämmen will, das will niemand. Aber ich habe den Auftrag gekriegt, wir werden das überprüfen, wir werden dann möglicherweise ein bis maximal zwei Plätze als Ergebnis präsentiert bekommen, wo wir genauer hinschauen müssen, wo wir auch hinschauen müssen, welche Maßnahme ist da wirklich geeignet anzuwenden und dann wird es wahrscheinlich die Diskussion geben. Wird es auf diesen Plätzen auch zu einem Alkoholverbot oder zu einer anderen Maßnahme kommen? Es sind für mich zwei Möglichkeiten offen, das eine ist, dass ich über Sozialarbeit versuche in den Griff zu kriegen oder das andere ist, dass, wenn wir Grenzen setzen als

Gemeinderat, dass wir diese Grenzen auch einhalten müssen und jetzt sage ich Ihnen meine persönliche Haltung. Wenn es dazu kommen sollte, dass wir über einen weiteren Platz mit der Belegung des Alkoholverbotes diskutieren, dann werde ich das nur dann tun, wenn wir die Überwachung auch garantieren können. Weil ich sage Ihnen aus rechtspolitischer Sicht gibt es nichts Dümmeres als sozusagen Verordnungen und Gesetze zu verhängen, die von niemandem kontrolliert werden. Und ich denke, wenn wir Grenzen setzen, muss auch garantiert werden, dass diese Grenzen einzuhalten sind. Ansonsten ist rechtspolitisch aus meiner Sicht genau das Gegenteil die Folge, nämlich wir verhängen dann sozusagen Neuauflagen und Neuverordnungen und neues Recht und niemand schaut um deren Einhaltung. Das heißt, zweigeteilt zusammenzufassen, wir schauen uns das genau an, die Polizei wird uns Plätze nennen, wo bestimmte Auffälligkeiten zu sehen sind, wir werden dann diskutieren, welche Maßnahmen dort die geeignetsten sind und wenn dann in der gemeinsamen Diskussion herauskommt, dass empfehlenswert wäre, ein Alkoholverbot zu verhängen, werde ich nur das tun und empfehlen, wenn deren Überwachung auch gewährleistet ist.

GRin. **Jahn:** Mich hätte interessiert, erstens bis wann rechnen Sie mit den Ergebnissen, also mit den Vorschlägen seitens der Polizei, und zweitens, wo wird dann über das diskutiert? Weil die jetzige Entscheidung ist im Stadtsenat gefallen und irgendwie war das nicht so zufriedenstellend, für uns zumindest.

StR. **Miedl:** Frau Gemeinderätin, da glaube ich schon, auch die Zuständigkeiten kann ich nicht ändern, es ist der Stadtsenat und es wird auch da der Stadtsenat sein. Der Vorschlag, der zu erstellen ist, der wird im Stadtsenat diskutiert. Einen Ausschuss für das A 17 und deren Maßnahmen gibt es nicht. Daher werde ich das auch im Stadtsenat vorschlagen und im Übrigen werde ich auch vorschlagen, im Zusammenhang mit Ergebnissen der Zahlen durch die Polizei werde ich vorschlagen Maßnahmen zur Prävention, weil das liegt mir besonders am Herzen. Ich denke, dass All-you-can-drink-Partys, diese Ein-Euro-Partys, dem müssen wir wirklich mit

Maßnahmen oder mit den Gesetzen der Gewerbeordnung und des Jugendschutzes wirklich Einhaltung gebieten. Ich bin auch wirklich froh, dass der Vizebürgermeister Walter Ferk sich dazu bereit erklärt hat, gemeinsame Kontrollen mit dem A 17 durchzuführen, weil natürlich das Gewerbeamt da auch mitbeteiligt ist, wo man prophylaktisch jetzt einmal nachschaut, was wird denn da von wem alles angeboten und was kann man da sozusagen verhindern. Daher bin ich relativ zuversichtlich, dass es uns gelingen könnte, einen Schritt in die richtige Richtung zu setzen. Immer zum Schluss werden wir mit möglichen Verboten agieren, vorgeschaltet muss werden Anwendung aller Möglichkeiten, die dazu dienen, dem Alkoholmissbrauch Einhaltung zu gebieten.

3) Innenring Graz-Ost

GR. **Lozinsek** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GR. **Lozinsek**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, lieber Gerhard! Du hattest in dieser Gemeinderatsperiode schon zweimal die Ehre Straßenbahnverlängerungen zu eröffnen und somit die Erweiterung des Angebots im öffentlichen Verkehr zu präsentieren. Auch wenn die „Mütter und Väter“ dieser Projekte in der Vergangenheit zu suchen und zu finden sind, sei dir der Genuss der politischen Früchte durchaus gegönnt. Trotz der schon längst überfälligen und von allen Fraktionen in diesem Haus unwiderrprochenen Offensive im öffentlichen Verkehr darf nicht darüber hinweggesehen werden, dass auch im Straßennetz der Stadt Graz noch einige Lücken zu schließen sind. Der Südgürtel ist nur eines dieser notwendigen Infrastrukturprojekte, das, so Gott und Landesrätin Edlinger-Ploder es wollen, auch einmal umgesetzt wird. Dem Grazer Osten hingegen droht in den nächsten Jahren der totale Verkehrskollaps, sollte das übergeordnete Straßennetz in diesem Bereich nicht ehe baldigst erweitert werden.

Vor mehr als einem Jahr wurde im zuständigen Ausschuss für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung der „Masterplan Verkehr“ vorgestellt, der auch einen sogenannten „Innenring Graz-Ost“ zur Verkehrsentslastung im Grazer Osten vorsieht. Seitdem ist

es ziemlich ruhig geworden um diesen Masterplan, die Unterlage, so scheint es, schlummert gut in einer Schublade.

Wer aber die Umsetzungszeiten der „Nordspange“ noch im Gedächtnis hat und das derzeitige „Kasperltheater“ um den „Südgürtel“ beobachtet, weiß, dass noch viele Jahre ins Land ziehen werden, bis solche notwendigen Infrastrukturmaßnahmen auch tatsächlich umgesetzt werden.

Daher stelle ich namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs an dich die

F r a g e :

In wie weit ist von dir daran gedacht, die Planungen für den sogenannten Innenring Graz-Ost zur Verkehrsentslastung im Grazer Osten auch voranzutreiben?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Vielen Dank für das Kompliment, ich habe natürlich bei den Eröffnungsveranstaltungen der Linienverlängerung gesehen, dass sehr viele die Freude und den Genuss und den Erfolg, den politischen Erfolg hier einheimen, das ist auch durchaus ihr Recht und ich glaube, ich habe auch nie verabsäumt, darauf hinzuweisen, dass vor allem die Projekte im Zusammenhang mit der Koralmbahn und im Zusammenhang auch mit der Linie 4 unter meinem Vorgänger Stadtrat Josel hier im Gemeinderat eingebracht wurden und von dem letzten Gemeinderat auch beschlossen worden ist. Bei der Linie 6 allerdings, denke ich, war es anders. Zum Masterplan Verkehr und zum Innenring Ost, es hat noch unter der Leitung meines Vorgängers Stadtrat Josel eine Arbeitsgruppe gegeben zwischen Land und Stadt, die die Ostspange Außenring Ost, wie auch immer, bewerten sollte. Das ist eine Autobahnverbindung zwischen A9 und A2, die zum Teil auf Gemeindegebiet der Umlandgemeinden verläuft und als ich dann dafür verantwortlich geworden bin, habe ich von meiner Seite gesagt, dass die Stadt diese Variante aus folgenden Gründen nicht mehr weiterverfolgen sollte: Und zwar deshalb, weil sie einfach städtebaulich derartige Nachteile für die Stadt hat, man muss sich vorstellen, da würden im Grüngürtel Autobahnanschlüsse gebaut werden, man kann sich vorstellen, welcher Baudruck dadurch entstehen würde, etwas, was hier für die Stadt von großem

Nachteil ist. Ich habe dann vorgeschlagen, dass man anstelle dessen eine sehr, sehr viel nähere stadtnähere Verbindung und einen stadtnäheren Ausbau im Osten verfolgen sollte mit dem Ziel, dass eine möglichst große Entlastung der Innenstadt und eben des Ostens der Stadt Graz bringt. Das Ergebnis dieser Überlegungen ist der von dir genannte Innenring Ost und es ist eine Tunnelkette, die im Masterplan, wie du richtig sagst, enthalten ist. Wahrscheinlich hast du auch gesehen, dass die Priorität dieser Maßnahme mit dem Buchstaben C verstanden ist, nur es gibt im Masterplan nur drei Prioritäten, nämlich A), B) und C) und es ist eben eine langfristige Priorität. Klar ist, dass diese Planungen weiter bearbeitet werden, auch weiter verfolgt werden und eben mit dem Ziel, hier eine Variante vorzuschlagen oder auf eine Variante zu kommen, die eben diese Entlastung bringen soll. Abschluss ist derzeit aber noch keiner vorhanden, sondern die Planungen sind in Bearbeitung.

GR. **Lozinsek:** Danke für die Information, die allerdings sehr unzufrieden beziehungsweise sehr dünn ist. Sie ist in Planung, sie ist in Bearbeitung, wie gesagt, dieser Masterplan wurde vor mehr als einem Jahr vorgestellt. Kannst du dem Gemeinderat hier und heute darüber Auskunft geben, was in dem letzten Jahr oder mehr als einem Jahr bezüglich dieser Planung, sei es jetzt A), B) oder C), wie auch immer, was konkret passiert ist, ob man noch immer an diesem konkreten Projekt dran ist oder ob es auch andere Varianten gibt, die geprüft werden und wann der Gemeinderat eigentlich mit einer politischen Diskussion rechnen kann. Also wann eine entsprechende Planung in den zuständigen Ausschuss kommt, wo man dann die ganze Sache auch von der politischen Seite beurteilen kann.

StR. Dr. **Rüsch:** Es ist der Priorität entsprechend vorgesehen und auch geplant, dass es in dieser Gemeinderatsperiode jedenfalls noch zur Diskussion gebracht wird in einem Ausschuss.

4) Präsentation der Feuerwehrstudie

GR. **Hohensinner** stellt an Bgm.-Stv. **Ferk** folgende Frage:

GR. **Hohensinner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werter Gemeinderat, sehr geehrter Herr Vizebürgermeister! Meine Frage betrifft die Feuerwehrstudie Rinke. Im vorigen Jahr wurde die deutsche Unternehmensberatung Rinke beauftragt, unsere Berufsfeuer auf Herz und Nieren zu prüfen und Verbesserungsvorschläge zu erstatten. Vor gut zwei Monaten wurde ein Rohbericht dieser Studie an die Berufsfeuerwehr übermittelt, die derzeit in einer magistratsinternen Arbeitsgruppe einer Endfassung zugeführt wird. Ich habe unzählige Male bei der Feuerwehr, um die Studie zu bekommen, angefragt, bin jedes Mal abgeblitzt und bekam folgende Antwort: Bis zur offiziellen Präsentation beziehungsweise bis zur Fertigstellung ist im Arbeitskreis Stillschweigen vereinbart worden.

Mit großer Verwunderung habe ich festgestellt, dass dieser Rohbericht in mehreren Grazer Zeitungen auszugsweise von Ihnen, sehr geehrte Herr Vizebürgermeister, je nach politischem Bedarf zitiert wurde. Ich habe das mit, die Grazer Woche, am Titelblatt steht „Feuerwehr, Walter Ferk stellt eine brandheiße Florianistudie vor“, Seite 12/13, da steht „heiße Noten für die Feuerwehr. Für tausende Schüler gibt es das Zeugnis erst knapp in zwei Monaten, die Grazer Berufsfeuerwehr hat ihres bereits jetzt bekommen“ und dann, der Redakteur dürfte ziemlich Einblick gehabt haben, weil er schreibt weiters „auf exakt hundert Seiten nahmen die Experten jeden Bereich der Florianijünger von den Personalkosten bis zur Einsatzzeit im Brandfall unter die Lupe“ und sind hier sämtliche Ergebnisse aufgelistet. Weiters ein Artikel im Neuen Grazer, hier argumentieren Sie, Herr Vizebürgermeister, mit der Studie und greifen die freiwillige Feuerwehr an. Weiters zitieren Sie das neue Landesfeuerwehrgesetz, das ist ja noch nicht beschlossen, aber Sie meinen, dass ein eigener Löschbezirk die Voraussetzung für eine freiwillige Feuerwehr ist. Ich habe gestern in der Sporgasse den Katastrophenschutzreferenten Kurt Kalcher getroffen, er hat mir versichert, dass das weder im alten noch im neuen Gesetz steht und er ist sicher gerne bereit, Ihnen das zu erklären. Ja, das steht im Grazer. Für mich, sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, ist eines klar, Sie verwenden diese Studie unter anderem zur parteipolitischen Selbstinszenierung, die Studie, wie ich

schon erwähnt habe, betrifft ja auch die Personalstrukturen. Ich habe diese Woche mit unzähligen Feuerwehrleuten telefoniert, sie sind schwer verunsichert, dass Sie, Herr Vizebürgermeister, mit der Studie an die Öffentlichkeit gehen, ohne Ihre betroffene Belegschaft zu informieren.

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, die

F r a g e ,

ob und bis wann Sie bereit sind, die Ergebnisse der Feuerwehrstudie Rinke, der Feuerwehrbelegschaft, dem Ausschuss für Umwelt- und Katastrophenschutz beziehungsweise der gesamten Grazer Bevölkerung zu präsentieren (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stv. **Ferk**: Meine Damen und Herren, Herr Gemeinderat! Es ist richtig, dass im August 2006 die Unternehmensberatung Rinke den Auftrag erhalten hat, eine Organisationsuntersuchung der Berufsfeuerwehr Graz durchzuführen. Der Auftrag umfasste folgende Themenblöcke: Brandschutzbedarfsplanung, Bewertung des Gefahrenpotentials, Schutzzieldefinition, Vergleich von Qualitätskriterien, Funktionsbesetzungsplan, Kosten, Effizienzanalyse, Optimierungspotentiale. Die sehr komplexe Aufgabenstellung wurde von der Firma Rinke mit Unterstützung einer magistratsinternen Arbeitsgruppe bestehend aus Mitarbeitern der Magistratsdirektion und der Abteilung Katastrophenschutz der Feuerwehr durchgeführt. Derzeit werden die Ergebnisse finalisiert, es handelt sich dabei meist um kleine Korrekturen. Die grundlegenden Aussagen der Studie stehen fest, lediglich diese für den Betrieb der Feuerwehr nicht unwesentlichen Detailfragen müssen unbedingt noch befriedigend gelöst werden, sodass mit einem Endergebnis Ende Juni dieses Jahres zu rechnen ist (*Applaus SPÖ*).

GR. **Hohensinner**: Sind Sie bereit, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, um für die von uns geforderte ehrenamtliche oder freiwillige Feuerwehr, wie immer sie auch genannt

wird, Feuerwehrjugend und Katastrophenhilfsdienst einzusetzen, um ordentliche Rahmenbedingungen zu schaffen.

Bgm.-Stv. **Ferk**: Was wollen Sie jetzt genau wissen?

GR. **Hohensinner**: Ob Sie bereit sind, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die Rahmenbedingungen schafft für eine freiwillige Feuerwehr, Feuerwehrjugend, Katastrophenhilfsdienst.

Bgm.-Stv. **Ferk**: Nein (*Applaus SPÖ*), weil eh alles im Laufen ist.

Bgm. Mag. **Nagl**: Bevor wir zur nächsten Frage kommen, möchte ich gleich mitteilen, dass die Frage Nummer 10 und die Frage Nummer 11 von der Gemeinderätin Gesek und Frau Gemeinderätin Edlinger zurückgezogen worden sind.

5) Marktstände am Hauptplatz

GR. **Eichberger** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GR. **Eichberger**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, sehr geehrter Herr Stadtrat! Es geht in meiner Frage um die unendliche Geschichte der neuen Marktstände am Grazer Hauptplatz. Wie Sie alle und wir alle wissen, ist das ja wirklich eine

unendliche Geschichte zum Teil schon mit kabarettistischen Zügen. Letztendlich, was mich bewegt hat, hier heute diese Frage zu stellen, ist einfach die medialen Ankündigung von dir, lieber Herr Stadtrat Dr. Rüschi, in diese Richtung gehend, dass diese neuen Stände ja auch heute schon längst in Betrieb sein müssten und wenn wir einen Blick vom Balkon runterwerfen, müssten wir ja diese neuen Stände ja längst sehen. Tatsache ist aber, dass, wie gesagt, relativ viel gesprochen wurde, relativ viel diskutiert wurde, da oder dort Kündigungen angedroht wurden. Letztendlich ist es aber interessanterweise so, dass gerade jener Standbetreiber, dem eben diese Kündigung angedroht wurde, zwischenzeitlich der einzige ist, der jetzt diesen neuen Stand bereits hat und alle anderen haben ihn noch nicht.

Und aus diesem Grund stelle ich an dich jetzt die,

F r a g e :

Weil es ja wirklich schon nicht mehr besonders lustig ist, hier auf dieses Thema angesprochen zu werden als Grazer Kommunalpolitiker, wann ist jetzt wirklich mit diesen bereits längst angekündigten und bereits in Betrieb befindlichen, zumindest von den Ankündigungen her gesehen, Marktständen hier wirklich jetzt endgültig zu rechnen?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüschi**: Also, lieber Klaus, wenn dir nichts Schlimmeres passiert, als dass du wegen der Marktstände angesprochen wirst, dann wünsche ich dir ohnehin alles Gute, dann geht es dir sehr gut. Ich darf dir die aktuellste Darstellung geben und zwar nach einer vereinbarten Bauzeit von sieben Monaten sind die acht Marktstände inklusive Unterschiebeanhänger Mitte April fertiggestellt worden. Nach der Ausschreibung von der Firma Völkl aus Leoben. Sie sind dann zur Firma Bergmann gekommen, die sie künstlerisch gestaltet, das ist die Oberflächengestaltung, wie sie bei den drei Ständen jedenfalls schon vorhanden ist, das ist ebenfalls bereits erledigt und von diesen acht Marktständen befinden sich sechs Marktstände bei den Marktbetreibern, die sind den Marktbetreibern übergeben worden und sie sind damit beschäftigt, die Einrichtung zu erstellen, so wie es

ausgemacht war. Bei zwei Marktständen gibt es Produktionsfragen, jedenfalls die aus unserer Sicht völlig klar sind, wenn bei der Produktion da irgendetwas nicht so erfolgt sein sollte, wie bestellt, dann ist das eine Frage der Gewährleistung, wenn es etwas betrifft, das die Konstruktion an sich betrifft, dann ist es klar geregelt, die wurde ja vorher mit den Marktständen vereinbart. Das heißt, wir haben die acht Marktstände fertig produziert, sechs sind übernommen worden von den Marktstandbetreibern und ich kann es nur noch einmal wiederholen, sie sind dabei, die Einrichtung zu erstellen. Ich möchte damit auch klarlegen, dass mit der Übergabe der Marktstände an die Marktbetreiber die Aufgabe der Baudirektion, damit auch meine politische Verantwortung, beendet ist, weil wir eben über die Verträge ausgemacht haben, dass die Marktstände von uns bestellt und dann übernommen werden und dann in den berühmten 10-Jahres-Raten von den Marktbetreibern auch zu bezahlen sind. Nach meinen Informationen müsste das im Laufe der nächsten Wochen sein, ich denke, dass die Marktbetreiber selbst das größte Interesse haben, nachdem sie die Stände übernommen haben und dann eben auch mit der Bezahlung, Rückzahlung beginnen müssen, dass diese Einrichtung möglichst rasch erfolgt (*Applaus ÖVP*).

GR. **Eichberger**: Also möglichst rasch und in den nächsten Wochen, um das zu präzisieren, ich will ja nicht im Juni dann wieder eine neuerliche Frage stellen, also können wir davon ausgehen, zumindest bis zur nächsten Gemeinderatssitzung laut deinen Aussagen müssen diese neuen Marktstände da sein.

Dr. **Rüsch**: Das kann ich dir nicht sagen, wir werden uns große Mühe geben. Ich denke aber auch, ich kann es nur noch einmal sagen, dass die Marktbetreiber ihr größtes Interesse haben, die Stände, nachdem sie sie übernommen haben, auch tatsächlich einzurichten und aufzustellen.

Bürgermeisterstellvertreter Ferk übernimmt um 13.30 Uhr den Vorsitz

6) Freiwilligen Solidarbeitrag

GRin. Mag. **Taberhofer** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

Mag. **Taberhofer**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister! In der Gemeinderatssitzung vor dem Sommer 2006 wurde einstimmig beschlossen, die ab 1. Juli in Kraft getretene 2,3%-Erhöhung der Bezüge der politischen FunktionärInnen als freiwilligen Solidarbeitrag einem Fonds zuzuführen. Geplant war, das Geld der Wohnungssicherung zu übergeben und insbesondere über die Höhe des Betrags allen MandatarInnen Rechenschaft abzulegen.

Da diese Information nach wie vor ausständig ist, stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Frage:

Wann ist mit der Aufstellung über die Verwendung der Summen aus dem Fonds der freiwilligen Solidarbeiträge von PolitikerInnen zu rechnen, beziehungsweise wann wird im Gemeinderat ein Stück über die Verwendung dieser Summen im Jahr 2007 eingebracht? (*Applaus KPÖ*)

Bgm. Mag. **Nagl**: Geschätzte Frau Gemeinderätin, entgegen der Begründung der Frage hat der Gemeinderat nach Ansicht des Präsidialamtes und auch nach meiner Ansicht mit einer nicht besonders exakt definierten Formulierung im Abänderungsantrag vom 28. Juni 2006 nicht beschlossen, dass gegenüber allen MandatarInnen Rechenschaft über die Höhe und Verwendung des gespendeten Gesamtbetrages abzuwägen ist, vielmehr wurde nach dem Zusammenhang dieses Satzes mit dem restlichen Text angenommen, dass die Wohnungssicherung Graz der Caritas, kurz WOG genannt, der Stadt Graz gegenüber verpflichtet ist, einen diesbezüglichen Bericht zu erstatten. Das schriftliche Ersuchen um eine solche Aufstellung des Präsidialamtes an die WOG vom 9. 2. 2007, befördert am 12. Februar 2007, wurde bis dato aber noch nicht schriftlich beantwortet. Mit Anweisung vom 20. Dezember wurde vom Präsidialamt die Überweisung der bis zu diesem

Zeitpunkt unter dem Titel Solidarbeitrag von PolitikerInnen eingegangenen 8.500 Euro an die WOG veranlasst. Zusätzlich 2.288,01 Euro, die erst später eingegangen sind, werden der WOG demnächst zur Verfügung gestellt. Damit werden die für den Zeitraum vom 1. Juli vergangenen Jahres bis zum 31.12. vergangenen Jahres gespendeten Solidarbeiträge in einer Gesamthöhe von 10.788,01 Euro dem mit Gemeinderatsbeschluss vom 29.6. beschlossenen Verwendungszweck zur Verfügung gestellt worden sein. Wir haben aber bis zum 22. 5. jetzt folgende Verwendung: Wir haben telefoniert und der Leiter der WOG, der Helmut Paar, hat uns mitgeteilt, dass bislang mit diesen Geldern sechs delogierungsgefährdete Grazer Haushalte mit einem Gesamtbetrag von 2.229,28 Euro unterstützt worden sind. Die Mittel würden äußerst sparsam eingesetzt, wenn man so sagen will, in einen Fonds hineingesteckt und erst wenn sich nach Ausnutzung aller anderen Möglichkeiten noch ein Fehlbetrag ergibt, um Mietrückstände, aushaftende Stromkosten beziehungsweise Verfahrenskosten im bereits eingeleiteten Delogierungsverfahren abzudecken. Das heißt, es sind erst 2.300 Euro verbraucht, sie ersuchen aber auch darum, dass wir dieses Geld in diesem Topf bei ihnen lassen, weil es werden sicher noch viele, leider weiterhin viele Fälle ergeben. Sie haben mich auch noch etwas gefragt, das möchte ich auch beantworten. Vom Präsidialamt haben wir jetzt vor, einen Bericht im nächsten Gemeinderat im Juni einzubringen, mit dem klargestellt werden soll, dass die Möglichkeit für Politiker, einen freiwilligen Solidarbeitrag zu leisten, nicht mit 31.12.2006 endet, sondern bis zum Ende der laufenden Gemeinderatsperiode gegeben ist. Weiters sollten die Betroffenen wie im Jahr 2006 auch heuer darüber informiert werden, wie hoch die Nettobezugserhöhung ab dem 1.7.2007 jeweils ist, ich habe es gestern erfahren, die Erhöhung für Politikerinnen und Politiker bei ihren Bezügen beträgt 1,5 %. Als Verwendungszweck wurden vorerst, weil auch an uns herangetragen, die Marienambulanz der Caritas und zwei Projekte in der Slowakei vorgeschlagen. Das Stück soll aber erst, wenn überhaupt, im Gemeinderat am 28. Juni 2007 vorgelegt werden, um es vorher noch auf der politischen Ebene auch diskutieren zu können. Die drei Projekte, die sich bislang an uns gewandt haben, habe ich jetzt an alle Klubs und an den Herrn Gemeinderat Khull-Kholwald ausgesandt. Bitte da auch um Rückmeldung (*Applaus ÖVP*).

Mag. **Taberhofer**: Meine Zusatzfrage erübrigt sich jetzt insofern, weil die mediale Berichterstattung über die Höhe des Fonds jetzt differiert mit den Aussagen des Herrn Bürgermeisters, aber ich möchte sie trotzdem formulieren und zwar, sind Sie bereit, mit der Entscheidung der Vergabe der Mittel des Jahres 2007 nur die Fraktionen zu betrauen, die auch eingezahlt haben?

Bgm. Mag. **Nagl**: Nur noch einmal, deswegen zwei Fragen, die eine Frage ist Verwendungszweck, die andere Frage ist aber, sind wir grundsätzlich als Fraktionen noch bereit, das mitzutragen? Wenn das nicht mehr von allen Fraktionen oder von den meisten Fraktionen so gesehen wird, dann hat es auch keinen Sinn, ein Gemeinderatsstück einzubringen. Aber ich denke, wir werden es fortsetzen und wenn das so ist, dann werden wir das im Juni beschließen und bitte noch einmal drüber nachzudenken, ob diese drei an uns herangetragenen Fälle unterstützenswert sind, wenn es einen vierten gibt, bitte mir auch zu melden (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 13.35 Uhr den Vorsitz.

7) Zufahrt Fürstenstand

GR. Mag. **Candussi** stellt an StR. Mag. Dr. **Riedler** folgende Frage:

Mag. **Candussi**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, lieber Wolfgang! Alles Gute zum Geburtstag auch von meiner Seite. Zur Frage, in Prinzip ist es ganz einfach. Im Zuge der Ausbaupläne des Plabutsches, des Nahverholungsgebiets Plabutsch, sind auch immer wieder Überlegungen aufgetaucht, den Fürstenstand besser als bisher erreichbar zu machen. In Gesprächen mit Anrainerinnen und Anrainern am Plabutsch wurde seitens der Abteilung für Liegenschaftsverwaltung immer wieder

über Pläne von der Nordseite zum Fürstenstand zu kommen, berichtet, diese Anrainerinnen und Anrainer wären mit der Zeit interessiert, welche Pläne das sind, weil sie ganz gerne wissen würden, ob ihre Grundstücke davon eventuell betroffen sind oder nicht und aus diesem Grund stelle ich an dich heute die

F r a g e :

Welche Pläne gibt es seitens der Abteilung für Liegenschaftsverwaltung für eine neue Zufahrt zum Fürstenstand auf dem Plabutsch?

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Die Liegenschaftsverwaltung hat, ich habe die Frage weitergeleitet, mir mitgeteilt, dass es keine Pläne im Amtsbereich zur Errichtung einer solchen Straße gibt, weil für die Errichtung von Straßen auch nicht die Liegenschaftsverwaltung zuständig ist, sondern das Straßenamt und daher meine Abteilung in dem Zusammenhang auch keine Zuständigkeit hat (*Applaus SPÖ*).

Mag. **Candussi**: Dann habe ich die Frage an dich, ob die in deinem Zuständigkeitsbereich stehende Abteilung für Liegenschaftsverwaltung dann vielleicht eine Antwort bekommen hat, dass Pläne vorliegen würden, denn, wie gesagt, wenn Vertreter dieser Abteilung Anrainern gegenüber Pläne äußern, dann wissen sie offensichtlich darüber mehr Bescheid als wir.

StR. Mag. **Riedler**: Möglicherweise ist deine Information auch falsch, dass Mitarbeiter der Liegenschaftsverwaltung solche Auskünfte geben, ich werde dem aber noch einmal nachgehen auf deine Anregung hin.

Zwischenruf GR. Dr. Piffel-Percevic: Das deckt sich mit meinen Wahrnehmungen.

StR. Mag. **Riedler**: Vielleicht sind auch deine Wahrnehmungen falsch, entschuldige, aber einmal abgesehen davon, Straßen werden, das ist doch recht naheliegend und ist auch der Geschäftseinteilung sogar für Klubobleute zu entnehmen, von der Verkehrsplanung beziehungsweise von der Straßenverkehrsabteilung errichtet. Wenn die Verkehrsplanung an uns herantreten sollte, dann würde sie sich korrekterweise an die Abteilung für Liegenschaftsverkehr wenden, die dann gegebenenfalls die notwendigen Einlöseverhandlungen auch führen würde selbstverständlich.

8) Wasserversorgung Am Dürrgraben

GRin. Mag. **Fluch** stellt an StR. Mag. Dr. **Riedler** folgende Frage:

Mag. **Fluch**: Herr Stadtrat, das einzige Problem ist, dass ich leider kein Geschenk für dich habe, sondern im Gegenteil, um ein Geschenk für die Bürgerinnen und Bürger bitten würde in meiner Anfrage, aber ich denke, das passt am Geburtstag auch. Vielleicht noch eine Einleitung zu meiner Frage, ich nehme für mich in Anspruch, dass Beharrlichkeit eine Tugend ist, die für Gemeinderätinnen und Gemeinderäte ganz gut passt und wenn man wo ein Problem gesehen hat, dass man sich um eine Lösung bemüht, seriöserweise schaut, was sind die Kosten und dann ersucht, möglichst rasch zu einer Umsetzung zu kommen. Ich komme nämlich jetzt innerhalb kürzerer Zeit zum dritten Mal mit dem Thema des Wasserversorgungsprojektes Am Dürrgraben und erspare dir, Herr Stadtrat, und auch den Gemeinderatskolleginnen und -kollegen, dass ich noch einmal im Motivenbericht den gesamten Hintergrund anführe, der vielleicht auch schon bekannt ist. Nur soviel, bei diesem Projekt, das sozusagen einen Lückenschluss in der Wasserversorgung im Bezirk Andritz zum

Inhalt hat, sind mittlerweile Bauarbeiten im Gange. Es geht darum, ob dieses Projekt sozusagen gleich behandelt werden kann wie die anderen Wasserversorgungsprojekte der letzten Jahre und deswegen stelle ich an dich, Herr Stadtrat namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs die

F r a g e ,

ob du, natürlich in Abstimmung mit den anderen, die bei dieser Beschlussfassung ja ebenfalls eingebunden sind, beabsichtigst, analog zu den Wasserversorgungsprojekten der letzten Jahre eine Förderzusage für das Wasserversorgungsprojekt Dürrgraben zu geben. Danke (*Applaus ÖVP*).

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Also, und wenn ihr jetzt auf- und niederhupft, auch dafür bin ich nicht zuständig...

Zwischenruf GR. Schönegger: Haben wir nicht anders erwartet.

StR. Dr. **Riedler**: Die Geschäftseinteilung, lieber Herr Kollege Schönegger, du glaubst, ich bin sogar für deine Geschäftsführer zuständig, aber einmal abgesehen davon, die Geschäftseinteilung zieht auch hier ganz klar vor, dass die Abteilung für Grünraum und Gewässer für die Wasserversorgung zuständig ist und daher auch die notwendigen Budgetmittel vorzusehen hätte. Leider hat sie das nicht getan. Ich frage mich nur, warum nicht dem zuständigen Stadtrat diese Frage gestellt wird, ich werde aber, weil man offensichtlich sich bei der ÖVP in der Geschäftseinteilung nicht so auskennt, jetzt alle versorgen, die offenbar hier einen Informationsbedarf haben, auch dich sehr gerne. Zweitens werde ich selbstverständlich den Herrn Kollegen Rüschi einladen zu einem Gespräch, bei dem ich mit ihm drüber reden werden, welche Möglichkeiten er in seinen Mitteln in der AOG sieht, ein solches Projekt

umzusetzen, ich werde ihn dabei nach Kräften unterstützen, selbstverständlich. Man muss allerdings sagen, es gibt keinen Rechtsanspruch auf eine solche Unterstützung, auch das ist klar und als die Wasserversorgungsprojekte geplant waren, gehe ich davon aus, dass man auch in den zuständigen Abteilungen entsprechend sorgfältig vorgegangen ist. Trotzdem ist es verständlich auch aus dem Argument, das du gebracht hast, nämlich, dass sich die Versorgung durch Brunnenwasser durch die Klimaverschiebungen, -veränderungen nicht gerade verbessert hat, dass wir hier ein Augenmerk auf mögliche Unterstützungen legen. In welcher Form das geschehen wird, wie gesagt, werde ich sehr gerne mit dem Herrn Kollegen Rüschi und gegebenenfalls auch mit der Kollegin Monogioudis, die eine Randzuständigkeit über das Gesundheitsressort hat, besprechen. Wir werden, nehme ich an, zu einer Lösung kommen können (*Applaus SPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüschi** zur Geschäftsordnung: Ich bitte um Klärung der Frage, wer für die Wasserversorgung zuständig ist, nachdem der liebe Kollege Riedler, der für nichts zuständig ist, gemeint hat, dass ich dafür zuständig bin.

Zwischenruf GR. Schönegger: *Ist ja noch nicht so lange, die Periode. Bis Jänner werden wir es klären.*

StR. Dr. **Rüschi**: Genau, nur für die Dinge, die du dir herausnimmst, bist du zuständig.

Bgm. Mag. **Nagl**: Nach Rücksprache mit dem Herrn Magistratsdirektor möchte ich klarstellen, dass wir im Prinzip eine Zuständigkeit unserer Stadtwerke hätten, dass wir allerdings, wenn es um Sonderprojekte Zuzahlungen geht, die Mittel bisher aus

dem Finanzressort zusätzlich zur Verfügung gestellt haben in der bisherigen Vorgangsweise, wenn es solche Projekte gegeben hat. Diese waren immer, und Sie wissen, wir haben den Herrn Dr. Eder bei uns, es ist jetzt übergegangen an den Herrn Dr. Weinmeister, die waren immer für die Wasserprojekte zuständig und wenn wir dann gemerkt haben, dass wir in diesen wenigen Bereichen der Stadt Graz, es ist ja ungefähr nur mehr ein Prozent, 99 % der Grazer Bevölkerung ist Gott sei Dank mit Wasser versorgt, das sind entlegene Bereiche, wo es schwierig ist, weil es zum Teil Zustimmung gibt, zum Teil nicht, die Kosten etc. immer höher sind, zum Teil dramatisch hoch für einen einzelnen Anschluss, dass wir dann gesagt haben, reden wir bitte drüber durch ein außerordentliches Budget und ich glaube, es ist gut, wenn wir uns gemeinsam noch einmal hinsetzen und schauen, wie wir diese Angelegenheit lösen können. Jetzt gibt es die Zusatzfrage.

Mag. **Fluch**: Auf die ich gerne verzichte, es freut mich sehr zu hören, dass es die prinzipielle Bereitschaft gibt, weil das ja auch nur ein Projekt in Gemeinsamkeit sein kann. Danke (*Applaus ÖVP*)

9) VS Gösting/Sport und Spielflächen

GRin. Mag. **Bauer** stellt an StR. **Miedl** folgende Frage:

Mag. **Bauer**: Ich stelle jetzt die Anfrage an den Herrn Schulstadtrat. Sehr geehrter Herr Stadtrat! Hinter der Volksschule Gösting gibt es eine Liegenschaft, die am Aspachweg liegt, die dem Schulamt zugeordnet ist. Diese Liegenschaft nutzt zur Zeit die Interessensgemeinschaft Corneliusweg unentgeltlich und auf jederzeitigen Widerruf. Es besteht nunmehr das Interesse von der Schule und auch dem angrenzenden Hort, diese Liegenschaft wieder selbst von der Schule nutzen zu können. Diese Liegenschaft wurde der Interessensgemeinschaft für die Errichtung eines Kinderspielplatzes zur Verfügung gestellt, dort befinden sich zurzeit keine

Spielgeräte, es ist eines Wiese. Die Volksschule Gösting würde das Areal gerne wieder zurückerhalten.

Somit stelle ich namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, die

F r a g e ,

ob seitens des Stadtschulamtes Schritte gesetzt werden können, damit diese Liegenschaft für die Schülerinnen und Schüler und auch für die Kinder des Hortes bald wieder zur Verfügung steht?

StR. **Miedl:** Frau Gemeinderätin, ich bin zuständig für das Schulwesen. Allerdings muss ich jetzt Folgendes zu Ihrem Leidwesen berichten: Mit Stadtsenatsbeschluss vom 13. Juli 1976 ist das Grundstück dem Jugendamt auf jederzeitigen Widerruf ab 1. August 1976 überlassen worden. Das heißt, das Grundstück, das die Schule erworben hat, also im Schulressort erworben wurde, wurde damals mit Beschluss im Jahr 1976 dem Jugendamt überlassen. Auf Grund der Überlassung hat das Jugendamt für sich einen Rechtsakt gesetzt und hat dem Helmut Linhofer ad personam dieses Grundstück zur Bewirtschaftung überlassen, wo genau mittels Vertrag festgehalten wurde, was da zu tun wäre. Und jetzt sagen Sie mir, ich soll dafür Sorge tragen, dass dort was geschieht, das tue ich gerne, da müsste mir das Jugendamt das Grundstück wieder zurückgeben und der Herr Stadtrat Riedler mir die Finanzen dafür zur Verfügung stellen, dann mache ich was draus. Ich mache das wirklich gerne. Allerdings kann ich jetzt nicht, weil das Jugendamt ist dafür verantwortlich, dass dort auch was geschieht und damit Sie es mir auch glauben, lese ich Ihnen vor den Antrag im Stadtsenat, das habe ich nicht erfunden, das ist lang vor meiner Zeit passiert: „Das Schulgrundstück mit der Katasternummer sowieso in KG Gösting im Ausmaß von 1.500 m² wird dem Jugendamt unentgeltlich bis auf jederzeitigen Widerruf zur Errichtung eines Kinderspielplatzes ab 1. August 1976 zur Verfügung erstellt. Punkt 2, das oben genannte Grundstück wird vom Jugendamt über Ansuchen der Interessensgemeinschaft Corneliusweg, vertreten

durch Herrn Helmut Linhofer, wohnhaft in Gösting, zur Adaptierung eines Kinderspielplatzes unter den im Motivenbericht genannten Bedingung präkaristisch überlassen.“ Wenn Sie eine Möglichkeit sehen, dass ich dafür zuständig sein darf, tue ich es gerne, Sie müssen es mir nur nennen.

Mag. **Bauer**: Die Liegenschaft befindet sich derzeit im Bestand des Schulvermögens und somit ist auch das Schulamt natürlich auch zuständig und es wäre jetzt der Schritt, den Sie setzen könnten Schritte dahingehend, dass das Präkarium aufgehoben werden wird. Herr Stadtrat, sind Sie bereit, Schritt dazu zu setzen, dass das Präkarium aufgehoben wird?

StR. **Miedl**: Den Widerruf, Frau Gemeinderätin, ich kann Ihnen wirklich nicht helfen, muss das Jugendamt machen, ich kann es nicht machen. Ich habe das präkaristisch überlassen bis zu dem Zeitpunkt, wo das Jugendamt widerruft. Das steht da schwarz auf weiß drinnen. Ich täte es ja gerne, Frau Kollegin Kaltenbeck, vielleicht könnten wir uns drauf einigen, dass du mir das rücküberträgst und ich mache was Gescheites draus (*Applaus ÖVP*).

10) Aufrechterhaltung der Teilung der Ferdinand-Prirsch-Straße

GRin. Mag. Dr. **Sprachmann** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

Dr. **Sprachmann**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte KollegInnen, sehr geehrter Herr Stadtrat! Ich hoffe, Herr Stadtrat Rüsch, dass wir vielleicht aus dieser Frage ebenfalls etwas Gescheites machen können in Anlehnung an den Ausdruck von Herrn Stadtrat Miedl. Rund um die Ferdinand-Prirsch-Straße in Straßgang entstehen neue Wohngebiete. Neben der Neubesiedelung der Straße selbst, wurden seitens der Firma Kohlbacher in der Weblingerstraße Häuser fertiggestellt, auch

entlang der Salfeldstraße wurden im Dezember 2006 Wohnhäuser übergeben. Und im August 2006 wurden neue Häuser in der Ferdinand-Prirsch-Straße übergeben, wobei sich weitere Wohnhäuser in der Errichtung befinden.

Viele BürgerInnen der Stadt Graz haben in Straßgang nicht nur einen neuen Lebensraum erhalten, sondern sich in Wirklichkeit auch ihren Lebenstraum erfüllt.

Es ergeben sich allerdings wie so oft Probleme in Straßgang mit der Besiedelung auf der einen Seite, mit der Verkehrsentwicklung auf der anderen Seite, wobei Lösungsansätze gefunden werden müssen. Die derzeitige Teilung der Ferdinand-Prirsch-Straße, es gibt bis jetzt keine Durchfahrt von der Straßganger- zur Martinhofstraße, soll aufgehoben werden, was wiederum einen sehr starken Durchzugsverkehr nach sich ziehen wird, der die Sicherheit der in dieser Straße wohnenden Kinder massiv beeinträchtigen wird. Die AnrainerInnen der Ferdinand-Prirsch-Straße waren diesbezüglich schon sehr aktiv und haben eine Unterschriftenliste gegen die Teilung erstellt.

Und ich stelle nunmehr an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, die

F r a g e:

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Teilung der Ferdinand-Prirsch-Straße aufrechterhalten bleibt?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ja, Frau Gemeinderätin! Ihre Anfrage ist nahezu identisch mit einer Anfrage, die das letzte Mal oder das vorletzte Mal gekommen ist vom Gemeinderat Schönegger. Die Frage ist in Bearbeitung bei der Verkehrsplanung. Eine offizielle Anfrage ist übrigens nie bei der Verkehrsplanung eingelangt, dass hier die Durchfahrt überhaupt geöffnet werden soll. Ich sage Ihnen aber einiges dazu. Und zwar ist das ein 0815-Problem in Wohnanlagen, 0815 in dem Sinn, dass es immer wieder vorkommt und ich denke schon, dass da einige Dinge zu beachten sind. Im Flächenwidmungsplan ist die Ferdinand-Prirsch-Straße als durchgehende Straße von der Straßgangerstraße zur Martinhofstraße eingezeichnet. Das heißt,

jeder und jede, die sich und der sich dort um eine Wohnung bemüht, muss jedenfalls wissen, dass hier die Stadt zumindestens eine Straße geplant hat. Als Ausdruck eben der Flächenwidmungsplanung. Jetzt gibt es natürlich die Möglichkeit, diese Straße fertig zu errichten, sie muss fertiggestellt werden, weil sonst die Erschließung der neuen Wohnanlage fällt und man kann sie natürlich in der Mitte wieder abtrennen, was würde das bedeuten? Es würde bedeuten, dass genau der von Ihnen genannte starke Durchfahrtsverkehr dann in der Weblinger Straße geführt wird und da gibt es ebenfalls eine neue Wohnanlage. Und ich kann mir vorstellen, dass die Anrainerinnen und Anrainer in dieser Wohnanlage sich wahrscheinlich wehren werden, dass sie dann den Durchgangsverkehr haben und nicht die Leute in der Ferdinand-Prirsch-Straße. Das heißt, wenn auch das Anliegen durchaus verständlich ist und nachvollziehbar ist, wir werden uns auch sehr bemühen um eine Lösung, so muss doch gedacht werden, wenn dort der Verkehr nicht fließt, dann fließt er irgendwo anders. Und dann zu entscheiden, wer diese Nachteile haben soll, das ist immer sehr, sehr schwierig. Ich kann nur noch einmal sagen, im Flächenwidmungsplan ist der Ferdinand-Prirsch-Weg eingezeichnet und das Zweite ist, dass wir uns um eine gute Lösung bemühen werden, wie diese aussieht, kann ich Ihnen heute nicht sagen (*Applaus ÖVP*).